Menschen gehen vor.

SPD Fraktion Lebach

19. Mai 2005

Stellungnahme der SPD-Stadtratsfraktion zur CDU-FDP-Resolution

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herrn,

Sie alle kennen die Haltung der SPD zum Bergbau; sie unterscheidet sich nachhaltig von der der anderen Parteien. Trotzdem haben wir uns entschieden, der von der CDU vorgelegten Resolution zuzustimmen.

Warum?

Bei aller Gegensätzlichkeit in der grundsätzlichen Haltung zum Bergbau, zur Frage, ob wir den Bergbau an der Saar brauchen, haben sich alle Fraktionen im Rat der Stadt Lebach in den vergangenen Jahren (seit Januar 2001) bemüht, eine gemeinsame Haltung zu finden, um auch den Interessen der vom Bergbau Betroffenen zu dienen – so beim Rechtsschutz, bei der Unterstützung von Klagen, bei der Forderung nach einer Einigungsstelle. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, etwas zu erreichen zum Wohl der Betroffenen.

Die vorgelegte Resolution verlangt einen Abbaustopp - das ist die Maximalforderung, deren Verwirklichung über Nacht tausende von Menschen ihre Arbeit kosten würde – das muss man sich vor Augen halten. Wir stimmen dem trotzdem zu, weil das Erdbeben vom vergangenen Dienstag schlimmer was als alle seine Vorgänger.

Wenn selbst die SPD eine solch weitgehende Forderung unterstützt, dann, um gegenüber der saarländischen Landesregierung, die den Betroffenen viel verspricht und wenig hält, den Bergbehörden und der DSK zu verdeutlichen, dass diese Erdbeben den Menschen nicht länger zuzumuten sind. Sie müssen aufhören. Hier muss das Wohl der Menschen in unserer Stadt vor Parteiinteressen gehen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Stadtratsfraktion Lebach

Anna Schmidt, Vorsitzende